

Verfahrensordnung der Gütestelle

Rechtsanwältin und Mediatorin
Florina Hirt
Goethestr. 4
79100 Freiburg

Präambel

Frau Rechtsanwältin und Mediatorin Florina Hirt wurde vom Präsidenten des Landgerichts Freiburg als staatliche Gütestelle im Sinne von § 794 Abs. 1 Nr. 1 Zivilprozessordnung (ZPO) i.V.m. § 22 Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz (AGGVG) anerkannt.

Die Gütestelle befasst sich mit der außergerichtlichen Streitbeilegung. Sie bietet die Gewähr für eine von den Parteien unabhängige objektive und qualifizierte Schlichtung und betreibt die Schlichtung als dauerhafte Aufgabe. Die zu Grunde liegende Verfahrensordnung orientiert sich im Wesentlichen an der des Schlichtungsgesetzes Baden – Württemberg vom 28.06.2000.

§ 1 Anwendungsbereich und Zuständigkeit

- (1) Das Verfahren vor der Gütestelle ist in allen Fällen zulässig, in denen die Parteien nach dem Gesetz eine Streitigkeit selbst beilegen können.
Das Verfahren wird nach den Grundsätzen dieser Verfahrensordnung von der Gütestelle geleitet. Abweichende oder ergänzende Vereinbarungen das Verfahren betreffend, sind im allseitigen Einverständnis möglich. Sie bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Für Streitfälle im Anwendungsbereich des § 15 a Einführungsgesetz zur ZPO (EG ZPO), für welche eine obligatorische Streitschlichtung vorgesehen ist, gilt die nachstehende Verfahrensordnung nicht.
Sie gilt zudem nicht für Mediationsverfahren außerhalb dieser Verfahrensordnung.

§ 2 Verfahrensgrundsätze

- (1) Die Gütestelle ist unabhängig. Sie ist zu Unparteilichkeit und Neutralität verpflichtet und hat kein Interesse an einem bestimmten Verfahrensausgang. §16 Bundesnotarordnung (BNotO) in Verbindung mit § 3 Beurkundungsgesetz (BeurkG) findet entsprechende Anwendung. Dementsprechend wird die Gütestelle Anträge in Angelegenheiten ablehnen, in denen sie oder ihr nahestehende Personen im Sinne des § 3 BeurkG selbst betroffen sind.
- (2) Die Gütestelle ist nicht befugt, eine der Parteien in der Angelegenheit, die Gegenstand des Güteverfahrens ist, auf andere Weise zu vertreten oder zu beraten. Dies gilt auch für den Fall der Erfolglosigkeit des Güteverfahrens.

- (3) Die Gütestelle ist hinsichtlich aller Tatsachen, die Gegenstand des Güteverfahrens sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (4) Die Gütestelle hat die Beilegung des Streitverhältnisses zwischen den Parteien nach ihrem Ermessen zu fördern. Sie kann auf Verlangen der Parteien unverbindliche Vorschläge zur Lösung des Streitfalls entwickeln. Sie ist jedoch nicht befugt, den Streitfall insgesamt oder Teile davon rechtsverbindlich zu entscheiden.

§ 3 Einleitung des Verfahrens

- (1) Das Verfahren wird auf Antrag eingeleitet. Dieser ist schriftlich, auf dem Postweg oder per Fax, an das Büro der Gütestelle zu richten:

Gütestelle Florina Hirt
Rechtsanwältin und Mediatorin
Goethestr. 4
79100 Freiburg
Fax. 0761 489 6447

Dem Antrag ist mindestens eine weitere Abschrift für jeden Antragsgegner und – soweit vorhanden – eine Abschrift der Vereinbarung der Parteien über die gemeinsame Beauftragung der Gütestelle, beizufügen.

- (2) Der Antrag muss folgende Angaben enthalten:
 1. Die Namen, bei juristischen Personen auch die der gesetzlichen Vertreter, Anschriften, Telefon-, Faxnummern und E-Mailadressen der Parteien, ihrer Vertreter und ggf. ihrer Rechtsanwälte
 2. Eine kurze Zusammenfassung des Gegenstandes der Streitigkeit
- (3) Liegt bei Einleitung des Verfahrens durch die eine Partei die schriftliche Zustimmung der anderen Partei auf Durchführung des Verfahrens noch nicht vor, so veranlasst die Gütestelle umgehend die Bekanntgabe des Antrags an die Gegenseite, mit der Aufforderung binnen einer Frist von 2 Wochen schriftlich die Zustimmung zur Durchführung einer Güteverhandlung zu erteilen. Geht die Antwort hierauf nicht binnen der gesetzten Frist ein, so teilt die Gütestelle dem Antragsteller schriftlich das Scheitern seines Antrags und die Beendigung des Verfahrens mit.
- (4) Die Gütestelle kann die Annahme des Antrags von der Zahlung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig machen.
- (5) Die Parteien erhalten binnen einer Woche nach Antragsstellung die Verfahrensordnung zugesandt. Diese ist spätestens zum ersten Schlichtungstermin unterschrieben zurück zu geben. Abweichende oder ergänzende Vereinbarungen bedürfen ebenfalls der Schriftform und der Unterschriften beider Parteien.

§ 4 Durchführung des Verfahrens

- (1) Sobald der Gütestelle der Antrag vorliegt und der Vorschuss gemäß § 3 (5) eingezahlt worden ist, bestimmt sie einen Schlichtungstermin, zu dem die Parteien persönlich geladen werden.
- (2) Erscheint der Antragsteller unentschuldigt nicht zum Schlichtungstermin, gilt der Antrag als zurückgenommen; bei hinreichender Entschuldigung binnen 7 Tagen wird von der Gütestelle ein neuer Schlichtungstermin bestimmt. Der Antrag gilt auch als zurückgenommen, wenn der Vorschuss nach § 3 (5) nicht in der von der Gütestelle gesetzten Frist eingezahlt wurde. In der Ladung werden die Parteien auf die Folgen ihres Ausbleibens hingewiesen.
- (3) Die Parteien nehmen am Schlichtungstermin persönlich teil. Juristische Personen werden durch die Teilnahme ihrer gesetzlichen Vertreter persönlich vertreten. Die Parteien können sich während des Verfahrens durch Bevollmächtigte beraten und begleiten lassen.
- (4) Die Güteverhandlung ist nicht öffentlich und mündlich. Die Gütestelle gestaltet das weitere Verfahren nach ihrem Ermessen.
- (5) Die Gütestelle lädt keine Zeugen und Sachverständigen. Zeugen und Sachverständige, die von den Parteien auf deren Kosten herbeigeschafft werden, können angehört, und ein Augenschein kann eingenommen werden, wenn die Gütestelle dies für zweckdienlich hält und dadurch der Abschluss des Güteverfahrens nicht unverhältnismäßig verzögert wird.

§ 5 Beendigung des Verfahrens

Das Güteverfahren wird beendet,

- 1) durch Unterzeichnung einer Vereinbarung der Parteien über den Streitgegenstand oder Teile desselben,
- 2) mit der Weigerung der Gegenseite, ein Güteverfahren durchzuführen,
- 3) durch die Erklärung einer am Verfahren beteiligten Partei, das Verfahren mit sofortiger Wirkung beenden zu wollen,
- 4) durch die Erklärung der Gütestelle, dass sie das Verfahren als gescheitert betrachtet, da nach ihrer Einschätzung weitere Bemühungen einer einvernehmlichen Lösung nicht erfolgversprechend sind. Die Gütestelle wird diese Gründe den Parteien erläutern, bedarf aber nicht deren Zustimmung zur Beendigung des Verfahrens.
- 5) wenn eine Partei innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach schriftlicher Mahnung der Gütestelle einen von dieser geforderten Kostenvorschuss nicht leistet.

§ 6 Schriftliche Vereinbarung

- (1) Wird vor der Gütestelle eine Vereinbarung zur Konfliktbeilegung geschlossen, so ist diese unter Angabe des Tages ihres Zustandekommens, Bezeichnung der Gütestelle und der Parteien schriftlich niederzulegen und von den Parteien zu unterschreiben.
- (2) Die Gütestelle bestätigt den Abschluss der Vereinbarung mit ihrer Unterschrift.

- (3) Die Parteien erhalten von der Gütestelle jeweils eine Abschrift der Vereinbarung.
- (4) Die Urschrift der Vereinbarung und die übrigen Dokumente in dieser Angelegenheit sind von der Gütestelle für die Dauer von 5 Jahren nach Beendigung des Verfahrens in einer Handakte aufzubewahren. Notizen und Aufzeichnungen, die die Gütestelle sich zur Vorbereitung des Verfahrens oder während des Verfahrens macht, sind nicht Bestandteil dieser Handakte.
- (5) Auf Verlangen der Parteien und auf deren Kosten wird die Gütestelle eine vollstreckbare Ausfertigung der Vereinbarung bei dem zuständigen Amtsgericht einholen.
- (6) Die Parteien haben die Möglichkeit, innerhalb der Aufbewahrungszeit – gegen Kostenerstattung- beglaubigte Ablichtungen der Handakten und Ausfertigungen der geschlossenen Vereinbarungen zu verlangen.

§ 7 Honorar der Gütestelle

- (1) Die Gütestelle erhebt für ihre Tätigkeit eine Vergütung nach dieser Verfahrensordnung. Die Vergütung ist umsatzsteuerpflichtig, sofern diese nicht nach § 19 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz (UStG) unerhoben bleibt.
- (2) Die Tätigkeit der Gütestelle wird über ein Stundenhonorar abgerechnet. Sofern die Parteien und die Gütestelle nichts Abweichendes vereinbaren, berechnet die Gütestelle für jede Stunde ihrer Tätigkeit einen Stundensatz von 160,00 € netto.
- (3) Bei Abschluss einer Vereinbarung erhält die Gütestelle zusätzlich zum Zeithonorar noch die Einigungsgebühr nach § 13 RVG iVm Ziff. 1000 VV.
- (4) Findet das Gütestellerverfahren auf Wunsch der Beteiligten an einem anderen Ort als dem Büro der Gütestelle statt, so sind Fahrt- bzw. Bahnkosten zu ersetzen, wenn die Entfernung mehr als 20 km beträgt. Das gleiche gilt für die Anmietung von Räumlichkeiten außerhalb der Büroräume der Gütestelle.
- (5) Die Gütestelle kann die Aufnahme und Fortsetzung ihrer Tätigkeit sowie die Abhaltung der Güteverhandlung von der Zahlung angemessener Vorschüsse abhängig machen.
- (6) Das Honorar der Gütestelle wird mit Beendigung des Verfahrens fällig. Die Gütestelle übermittelt den Parteien eine Abrechnung über das Honorar unter Anrechnung geleisteter Kostenvorschüsse.
- (7) Für den Fall, dass das Verfahren ohne Durchführung der Güteverhandlung beendet wird, berechnet die Gütestelle für das Betreiben des Verfahrens (von Antragsannahme bis Beendigung) eine Verfahrenspauschale in Höhe von 100,00 €.

§ 8 Kostenschuldner

- (1) Die Kosten des Güteantrages gemäß § 7 (7) trägt der Antragsteller. Dies gilt auch für den Fall der Rücknahme seines Antrags.
- (2) Erzielen die Parteien im Verfahren eine Einigung, so ist die Kostentragung zwischen den Parteien einvernehmlich zu regeln. Kann eine Einigung über die Kostenfrage nicht erreicht werden, trägt jede Partei die ihr entstandenen Kosten der Güteverhandlung. Dies gilt auch für den Fall des Scheiterns der Güteverhandlung.
- (3) Für das Honorar und die Auslagen der Gütestelle haften die Parteien als Gesamtschuldner.
- (4) Kommen die vereinbarten Verhandlungstermine wegen Nichterscheinens mindestens einer der Parteien nicht zustande, so entsteht das Honorar einer Zeitstunde, falls der Termin nicht bis spätestens 24 Stunden vor Beginn der Sitzung abgesagt wird.

§ 9 Haftung

- (1) Die Gütestelle ist nicht Vertreterin einer Partei, sondern unabhängige und unparteiische Vermittlerin zwischen den Parteien. Für die Erfüllung ihrer Pflichten haftet sie nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit nachfolgend nicht etwas anderes bestimmt ist.
- (2) Der Erfolg des Gütestellerverfahrens ist von der Gütestelle nicht geschuldet. Sie haftet nicht für den wirtschaftlichen Erfolg und die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der getroffenen Vereinbarung.

Stand dieser Verfahrensordnung: 27.08.2009